

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftstellg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 296.  
Postfach-Konto Dresden 2486 / Sparkbank-Konto 674.



Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
66 mm breit in amtlichen Teilen 70 Pf., Reklamazeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsstelle der Staatsschuldenverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 48

Dresden, Freitag, 26. Februar

1932

## Brüning vor dem Reichstag.

33. Sitzung, Donnerstag, 25. Februar.  
Am Reglementstische Reichstagspräsident Dr. Brüning.  
Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 12 Uhr  
und schließt den Abgeordneten vor, sich für alle Fälle  
besitzlich einzurichten, daß das Haus am Freitag  
die Abstimmungen vornimmt, was für die Vorbereitung  
der Reichstagsarbeiten dringender notwendig ist.  
Er bittet ferner, zur Vermeidung von Zwischenfällen  
und von damit verbundenen Zeitverlusten ersucht,  
dazu beizutragen, daß die Verhandlungen einen  
ununterbrochenen Verlauf nehmen.

Der Abg. Dr. Kahl und Schneider (Dresden),  
von der Deutschen Volkspartei haben für mehrere  
Tage Urlaub nachgesucht.

In Fortsetzung der Aussprache nimmt zunächst  
Abg. Leicht (Bayer. Vp.)

das Wort dazu, der nationalsozialistische Abgeordnete  
Kleinberg habe sich am Schluß seiner Rede  
in Prophezeiungen verwickelt, was ohnehin schon  
ein gewisses Unternehmense sei. Er habe erklärt,  
in einigen Monaten werde Brüning  
dem Reichspräsidenten seine Demission  
einreichen, und dieser Reichspräsident werde  
dieser sein. Wenn also Kleinberg sage, das  
werde in einigen Monaten der Fall sein, so gehe  
er damit die Einschätzung in dieser Woche,  
die Kugenschnitzers Voraussage, bereits  
verloren (Große Heiterkeit). Vielmehr empfehle  
es sich, daß Herr Kugenschnitzers dem Reichspräsidenten  
eine Verzichtserklärung zukommt. Das deutsche Volk,  
so führt der Redner fort, hat nur einen Mann wie Hindenburg  
(Beifall u. d. Mitte), einen Mann, der nicht  
nur trachtet, sondern für das Vaterland arbeitet  
und opfert. (Zuruf rechts: Was sagen Sie denn  
hinsichtlich?) Diese Kandidatur wird nun von der  
sogenannten Nationalen Opposition abgelehnt. (Zuruf  
rechts: Sogenannt?) Sie haben sich doch  
so genannt! (Große Heiterkeit.) Es kommt nicht  
auf den Namen, sondern auf die Bestimmung an.  
Einer scheint man sich auf der Rechten im Kampf  
gegen das System zu sein, nicht aber darüber,  
was an seine Stelle gesetzt  
werden soll.

Wenn sich der Völkerverbund nicht kompromittieren  
wollt (hat er längst getan), dann ist  
es höchste Zeit, daß er die Streitigkeiten im  
fernen Osten, wo die Kanonen losgegangen  
sind, schlichtet. Auch die Reparationsfrage  
muss der Völkerverbund endlich lösen. Die Zahlung  
weiterer Reparationen ist für Deutschland unumgänglich.  
Es ist ein Wiedersehen, wenn das Ausland  
die deutsche Währungsleistung und zugleich  
hunderte von Millionen von den Überschüssen  
dieser Währungsleistung für sich vorantreibt. In der  
Reparationsfrage besteht in der Haltung  
Frankreichs ein wertwürdiger Widerspruch.  
An der Behandlung der Reparations-  
arbeiten leiden wir nun schon seit 12 Jahren.  
Nach hier muß der Völkerverbund energisch  
eingreifen. Ehe wir die Währungsfrage noch außen  
belangen, müssen wir die

Währungsfrage nach innen  
im politischen Kampfe fordern. Auch wir hatten  
die Politik der Notverordnungen auf  
die Dauer nicht für erträglich. Auch auf  
dem Wege der Zentralisierung und der Unter-  
tarifizierung ist eine Einigung nach innen für  
uns nicht erträglich; wir wollen an der Selbst-  
ständigkeit der Länder nicht rütteln  
lassen. Es ist eine Gewissensfrage, die Arbeit-  
losigkeit als Anlaß zur Dege zu nehmen. Wir  
geben die Parole aus: Für Hindenburg und  
seinen Sieg am 13. März. (Beifall.)

Darauf nimmt unter allgemeiner Spannung  
Reichstagspräsident Dr. Brüning

das Wort. Von den Kommunisten kommen Rufe:  
„Hungerkämpfer“. Der Präsident ruft deshalb den  
Abg. Ulbricht (Komm.) zur Ordnung.  
Der Reichstagspräsident geht zunächst auf die Außen-  
politik ein und führt dazu aus: Die Lage ist  
außenpolitisch so gespannt wie selten vor-  
her. Die Situation ändert sich von Tag zu Tag.  
Von Tag zu Tag können Ereignisse eintreten,  
die neue Maßnahmen jeder einzelnen Regierung  
erforderlich machen können. Wir leben in einer  
Zeit mit gleicher Nervenanspannung wie im Kriege.  
Es ist tatsächlich schon ein blinder Krieg in  
wirtschaftlicher Beziehung in der ganzen  
Welt entbrannt. In einer solchen Zeit kommt alles  
darauf an, mit Kaltblütigkeit und ohne  
Rücksicht auf innerpolitische Agitation  
die Sache des Landes zu betrachten, zu formulieren  
und zu verteidigen.  
Wenn man Kritik able an meinem Kul-  
turen in Genf, so will ich, ohne näher auf  
die Einzelheiten einzugehen, vor allem ein ganz  
klares Wort grundsätzlich aussprechen:  
Ich werde mich nie dazu verleiten lassen,  
eine Verträgepolitik zu machen mit Rücksicht  
auf Negationsbedürfnisse im Innern, wodurch  
die Lebensinteressen des deutschen Volkes  
auf lange Sicht gefährdet werden könnten.  
(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Lärm bei  
den Nationalsozialisten.) Diese Stellungnahme wird

in der Welt auch verstanden. (Lärm rechts und  
links: Siehe Blauen!) Es würde aber eine ganz  
andere Kraft hinter dieser Politik stehen,  
wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte,  
in entscheidenden Punkten der Außenpolitik auf  
innerpolitische Auseinandersetzungen zu  
verzichten! (Lebhafte Kundgebungen in der  
Mitte. — Lärm bei den Nationalsozialisten.) Sie  
(zu den Nationalsozialisten) haben gestern eine ziemlich  
oberflächliche Kritik an der Außenpolitik geübt. (Sehr  
wahr!) Sie hätten besser daran getan, vorherzu-  
sagen und gestern dieses Schauspiel nicht der Welt zu  
geben. (Zustimmung.) Im Vordergrund des  
Interesses steht jetzt vor allem auch die öst-  
asiatische Frage. (Widerspruch rechts und links:  
Das Remelland!)

Die Reichsregierung verfolgt mit Reigen-  
der Besorgnis die Vorgänge in Ost-  
asien, die den Frieden zwischen China und Japan  
erschüttern haben und zu weiteren Komplikationen  
führen können. (Lärmende Zurufe bei den Kommu-  
nistischen.) Die freundschaftlichen Beziehungen, die  
Deutschland zu jenen beiden Staaten unterhält,  
das Interesse des deutschen Handels an der  
Aufrechterhaltung friedlicher Zustände im Fernen  
Osten und nicht zuletzt unsere Jugendliebe  
zum Völkerverbund und unsere Stellung als händiges  
Mitglied machen es der Reichsregierung zur  
Pflicht, sich mit ganzer Kraft für eine fried-  
liche Beilegung des Konflikts einzusetzen. (Beifall.)  
Die Reichsregierung hat an der Entsendung  
einer Untersuchungskommission des  
Völkerverbundes mitgewirkt (Lärm bei den National-  
sozialisten) und sich den Vorschlägen der britischen  
und amerikanischen Regierung ange-  
schlossen. Die deutsche Regierung hat dabei  
besonders zu berücksichtigen, daß die Lage Deutsch-  
lands in China von der der übrigen Mächte  
sich rechtlich dadurch unterscheidet, daß Deutsch-  
land auf die Exterritorialität in China ver-  
zichtet hat. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck  
geben, daß es den Bemühungen des Völkerver-  
bundes und der großen Nationen gelingen wird,  
den Feindfeindigkeiten einhalt zu gebieten  
und bald den Weg zu einer friedlichen Lösung zu  
finden. (Lärm und Lärm bei den National-  
sozialisten.) Die bedrohliche Lage in Schang-  
hai hat der Reichsregierung Veranlassung ge-  
geben, Maßnahmen für eine etwa notwendig  
werdende Besatzung der dort anliegenden  
Reichsdeutschen, insbesondere der Frauen und Kin-  
der, zu treffen.

In der Remellfrage  
sind hier scharfe und unberechtigte Kriti-

ken an dem deutschen Gesandten in  
Korea geübt worden. Im gegenwärtigen Moment,  
wo der Gesandte an exponierter Stelle die Inter-  
essen des Deutschen Reiches zu vertreten hat, er  
um wirksam zu können, sollte solchen Angriffen  
nicht ausgesetzt sein. (Beifall in der Mitte, Lärm  
bei den National- und links: „Was lesen Sie ab?“)  
Ich muß es auch ablehnen, auf Angriffe der  
litauischen Regierung, die ich für un-  
antwortlich und vertragswidrig halte,  
mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen zu  
reagieren. (Lebhafte Zurufe bei den National-  
sozialisten.) Ich habe ausdrücklich betont: mit vorzeitigen  
Repressivmaßnahmen. Im Remellgebiet kämpft eine  
zahlreiche seit 700 Jahren deutsche Bevölkerung  
um die Wahrung ihrer autonomen  
Rechte und Erhaltung ihrer Kultur und Tradition.  
Es werde nicht zögern, Repressivmaß-  
nahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die  
Umstände es im richtigen Augenblick er-  
fordern lassen. (Beifall.) Die Amtsnieder-  
legung durch Herrn Böhmer ist durch seine freie  
Initiative ohne irgendeine Einwirkung von deut-  
scher Seite erfolgt. Es hat mich eigenartig be-  
rührt, daß bei einer so ernsten Frage der Abg.  
Kleinberg die Behauptung aufgestellt hat, daß  
40 bis 50 Prozent des Personals der  
deutschen Gesandtschaft in Kowno litauische  
Staatsangehörige seien. Unter den An-  
gehörigen befindet sich eine Dolmetscherin, die,  
als Reichsangehörige geboren, einen sogenannten  
Balkan geheiratet hat. (Stürmische Heiterkeit  
rechts und links: Kleinberg ist ja auch ein Balkan!)  
Tausch ist dort ein litauischer Deutscher, ein  
baltischer Hörner und ein baltischer Hühner.  
(Große Heiterkeit.)

Gegenüber dem deutschnationalen Abg. v. Freytag  
Loringhofen zu den Verhandlungen über den  
europäisch-polnischen Pakt erklärt der Kanzler:  
Ich kann der vom Abg. v. Freytag erwähnten  
Behauptung nicht zustimmen. Falls Polen  
einen dritten Staat angreift, bestreitet  
nämlich gemäß Artikel 2 des Vertrages Hand-  
lungsfreiheit, und es besteht deshalb kein  
Anlaß, im deutsch-russischen Verhältnis  
eine Änderung einzutreten zu lassen.  
Zu den Ausführungen des Abg. v. Freytag  
über die Resolution betont der Kanzler: Die  
Reichsregierung ist auch heute bereit, an allen  
Maßnahmen teilzunehmen, die auf Grund  
des Ausschusses der Finanzkommission  
des Völkerverbundes ins Auge gefasst werden  
sollten, um die wirtschaftliche Lage Öster-  
reichs zu erleichtern. (Sehr gut! bei der Mehr-  
heit; Rufe rechts: Soweit Frankreich es  
erlaubt!)

über den Verlauf der  
Genfer Abrüstungskonferenz

heute schon zu urteilen, scheint mir verfrüht.  
Herr von Freytag hat anscheinend entweder  
meine Rede nicht gelesen, oder sein Ver-  
ständnis für Formulierungen, die eine  
deutliche und klare kritische Stellung  
gegenüber den Vorschlägen bezeugen. (Lärm rechts.)  
Die in- und ausländische Presse jedenfalls, mit  
ganz wenigen Ausnahmen, hat den Sinn meiner  
Genfer Abrüstungsrede einwandfrei verstanden.  
(Beifall bei der Mehrheit. — Lärm rechts.) Der  
Konventionstext der vorbereiteten Ab-  
rüstungskonferenz wurde auch gestern nicht als  
Zustimmungsgrundlage genommen, sondern nur als  
Rahmen gegenüber dem Abg. Kugenschnitzers  
(Kugenschnitzers) und seiner gegenwärtigen  
Kritik erklärte der Kanzler, er finde es eigenartig,  
daß Mitglieder des Reichstags, die sich im Innern  
an Kritik nicht genug tun könnten,  
gegenüber ausländischen Pressevertretern eine  
ganz entgegengesetzte Haltung einnehmen.  
(Lebhaftes Hört, hört!)

Der Führer einer Oppositionspartei,  
so führt der Kanzler fort, hat einer ameri-  
kanischen Zeitung gegenüber erklärt, daß er den  
Ton meiner Rede in Genf zwar im all-  
gemeinen nicht leiden könne, daß er aber  
den darin geäußerten Standpunkt besonders  
auch im Hinblick auf die Abrüstung als eine an-  
genehme Überraschung empfinde. (Stür-  
mischer Hört, hört! — Lärm und Rufe rechts:  
Namen nennen!) Der Kanzler nennt den Namen  
des Hühners v. Epp, worauf bei den National-  
sozialisten neue lärmende Unterbrechungen  
eintreten, die mit Zurufen auch von der  
Regierungsbank beantwortet werden.

Als Präsident Lohde die Nationalsozia-  
listen ermahnt, doch nicht dauernd zu provo-  
zieren, kommen von den Nationalsozialisten Rufe:  
Der Verleumdungsminister provoziert!

Das für die deutsche Zukunft und die deutsche  
Wirtschaft bedeutendste Problem, so führt der  
Kanzler fort, ist die

Reparationsfrage.

Herr v. Freytag hat gestern eine Methode an-  
gewandt, die sich zwar für vertrauliche Verhand-  
lungen im Auslandigen Ausmaß eignet, nicht aber  
für das Plenum, weit hier die Reichsregierung  
mit Rücksicht auf alte diplomatische Tra-  
dition und Vertraulichkeit der Verhand-  
lungen nicht antworten kann (Hört, hört!  
und Lärm rechts.) Herr v. Freytag hat eine Reihe  
von Behauptungen aufgestellt, die nicht nur  
die Tatsachen auf den Kopf stellen,  
sondern mich sehr zweifeln lassen an der Stabilität  
seiner Gedächtnisse. (Heiterkeit) Er hat  
sich an Gerüchte gehalten, die nichts mit  
der Wirklichkeit zu tun haben. Er (sowohl  
wie der Abg. Kleinberg) haben so getan, als ob  
in der ganzen Reparationsfrage es seinen Verlauf  
in Chequers und anschließende Aktionen ge-  
geben haben. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.)  
Kein politischer Schritt ist in den kriti-  
schen Tagen unternommen worden, ohne in enger  
Fühlung mit der amerikanischen Regie-  
rung zu stehen. Damit ist die Behauptung  
widerlegt, als ob wir durch Schritte  
unsererseits die Initiative Hoovers auch  
nur im geringsten geschädigt oder ge-  
schwächt hätten.

Mit dem französischen Ministerpräsidenten  
habe ich alle schwebenden Fragen besprochen,  
wenn auch das Abrüstungsproblem bei  
diesem kurzen Besuch nicht wesentlich ver-  
tiefet worden ist. Jedermann weiß aber, daß der  
Zweck meiner Pariser Reise der Vorbereitung  
der Londoner Konferenz diente, aber  
deren Bedeutung hat Dr. v. Freytag (Nat.)  
angewidert. (Abg. v. Freytag (Nat.):  
„Es ist doch nichts dabei herausgekommen.“)  
Ihnen scheinen die ganzen Maßnahmen der  
Stillhaltekommission mit ihren für Deutsch-  
lands Wirtschaft außerordentlich wichtigen Konse-  
quenzen vollständig entgangen zu sein.  
(Sehr gut! bei der Mehrheit.) Seine Bemerkungen  
über den Laytonbericht sollte Dr. v. Freytag  
am besten aus dem Stenogramm seiner Rede  
kennen. (Beifall.) Es ist unglücklich mit  
welchem Mangel an Gewissenhaftigkeit  
er der Reichsregierung, die in diesem Punkte  
doch auch seine These eingehalten hat, Schmier-  
leiten macht.

Die Reparationskonferenz

ist nun endgültig auf Juni festgesetzt  
worden. Deutschland hätte dringender  
gewünscht, daß durch einen früheren  
Zeitpunkt die wirtschaftliche Depression, die von  
dieser offenen Frage ausgeht, schneller beseitigt  
und das allgemeine Vertrauen wiederhergestellt würde.  
Andere Staaten waren nicht dieser Meinung und

## Reichstagsitzung vom 26. Februar.

Berlin, 26. Februar.

Reichstagspräsident Lohde teilte bei Eröffnung  
mit, daß der Abgeordnete Dr. Glagel (D. Vp.)  
sich wegen Krankheit auf zwei Tage habe verabschieden  
lassen. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Götthener (Dnat.) protestiert unter dem  
Vorbehalt der Zinsen dagegen, daß trotz entgegen-  
gesetzlicher Erklärungen der Regierung doch am  
Donnerstagabend der Kundlauf die getriggerte Reichs-  
tagssitzung nach der Schlußplattenaufnahme ver-  
schiebt hat. (Rufe links: „Das war Ihnen  
wohl sehr unangenehm!“)

Präsident Lohde erklärt, für die Genehmigung  
dieser Übertragung sei er allein verantwortlich.  
(Beifall bei der Mehrheit.)

Der Reichstagspräsident stellt dann einen Antrag der  
Deutschen Nationalen zur Beratung, der ihn  
auffordert, sein Amt niederzulegen.

Abg. Kleinberg (Natsoz.) wendet sich gegen die  
gegründeten Ausführungen des Reichstagspräsidenten.  
Seine Bemerkung, Kleinberg habe 1918 noch nicht  
gemerkt, welches sein Vaterland sei, habe Dr.  
Brüning das tragische Schicksal von 10 Millionen  
Auslandsdeutschen verpötte. Die folgenden Rede  
werden von den Nationalsozialisten mit so lauten  
Beifallsbekundungen unterbrochen, daß sie auf der  
Tribüne unverständlich bleiben.

Abg. Dr. Heiß (Natsoz.) beantragt die Ber-  
echnung des Reichsfinanzministers  
Dr. Dietrich.

Abg. Dörflinger (Komm.) erklärt, die Kommu-  
nisten würden für diesen Antrag stimmen  
unter der Voraussetzung, daß auch der kommunistische  
Redner vom Minister angehört würde.

Das Ergebnis der ersten Abstimmung bleibt  
zweifelhaft.

Im Hämmerlstrang wird der national-  
sozialistische Antrag mit 180 gegen 210 Stim-  
men bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Abstimmung des Hämmerlstrangs war  
Reichsfinanzminister Dietrich an seinem  
Platz erschienen. Er wurde mit Heiterkeit begrüßt.  
Als der Reichstagspräsident die Ablehnung des national-  
sozialistischen Antrages verkündet, erhebt sich der Reichs-  
präsident und verläßt den Saal wieder, während die Mehr-  
heit in härmische Heiterkeit ausbricht.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Wein-  
hacht, der finanzpolitische Anfragen an die Regierung  
richten wollte, verzichtete namentlich auf das Wort.

Abg. Gaus (Christl.-Soz. Volksbew.) führt aus,  
seine Freunde seien immer die schärfsten Gegner  
des Systems gewesen, das den Einfluß der Parteien  
dem Wohl des Volkes voranstreben will. Gerade  
weil die Christlichsozialen das Vaterland über die  
Partei stellen, wendeten sie sich gegen das System  
Dülers—Goebbels, das die unbedingte national-  
sozialistische Parteiherrschaft aufzurichten wollte.  
Der Redner erkennt die Bemerkungen der Regie-  
rung zur Belebung der Wirtschaft an, äußert aber  
Bedanken gegen manche Einzelheiten der Notver-  
ordnung. Der notwendigen Landwirtschaft könne  
nicht mit den Methoden der Landbau-Agitation  
allein geholfen werden. Der Bauer leide am  
meisten unter den hohen Zinsen. Das Problem  
der Entschuldung der Landwirtschaft müsse gründ-  
licher angepaßt werden als bisher.

Als der Redner sich gegen die außenpolitischen  
Angriffen der Rechtsopposition wendet und be-  
tont, Bismarck habe keine Außenpolitik nie  
mit Rücksicht auf die Waffen der Straße gemacht,  
kommen von der Rechten fortwährend böhmische  
Zurufe. Der Abgeordnete Dr. Kleiner (Dnat.) wird  
wegen eines solchen Zurufes zur Ordnung gerufen.  
Er, so führt der Redner fort, betrachten den  
Heinrichsplanunterzeichneten Schacht als  
außenpolitische Autorität. Sie können es nicht  
ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erfolge  
erzielt. Mit positivem Christentum hat der Ratio-  
nationalismus nichts zu tun.

Abg. Frau Juchacz (Soz.) betont die Not-  
wendigkeit, in dieser Schicksalsstunde des deutschen  
Volkes auch die Stimme der deutschen Frauen zu  
hören. Wir Frauen wollen keinen  
Bürgerkrieg, wir wollen keinen Völkerver-  
trag. Wir durchschauen die Hohlheit einer  
Politik, die sich als besonders männlich gibt, die  
aber nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit  
und Renommierlust diktiert ist, gegen diese  
nationalsozialistische Politik wenden sich die Frauen,  
die für Freiheit und Frieden sind.

(Die Sitzung geht weiter.)